

14. April 2026

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 28. April 2026

Großdemonstrationen in Mannheim – Recht durchsetzen, Sicherheit gewährleisten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. Berichtswesen und Transparenz

dem Gemeinderat einen detaillierten Bericht vorzulegen über:

- Anzahl festgestellter Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen seit 2024
- Anzahl der Identitätsfeststellungen bei strafbaren Handlungen
- dokumentierte Auflagenverstöße wiederkehrender Veranstalter
- eingeleitete straf- oder ordnungsrechtliche Maßnahmen
- Abbruchentscheidungen und deren Begründung
- inwieweit der KOD bei der Identitätsfeststellung und Dokumentation einbezogen wird bzw. werden kann in Abstimmung mit der Polizei, um personelle Kapazitäten zu erhöhen

Der Bericht soll ausdrücklich bewerten, ob die bisherige Praxis geeignet ist, wiederholte Rechtsverstöße nachhaltig zu unterbinden bzw. wo Verbesserungspotential der Dokumentation besteht, um Gefahrenprognosen zu schärfen.

2. Evaluierung der Auflagen- und Prognosepraxis

darzustellen,

- wie wiederholte Auflagenverstöße einzelner Veranstalter künftig verschärft in die Gefahrenprognose einfließen,
- unter welchen Voraussetzungen erhöhte Auflagenintensität oder räumliche Einschränkungen rechtssicher begründet werden können,
- welche Eskalationskriterien bei wiederholten strafbaren Parolen gelten.

Ziel ist eine nachvollziehbare, transparente und konsequente Anwendung bestehenden Rechts.

3. Schutzkonzept für besonders gefährdete Einrichtungen

ein verbindliches Schutzkonzept für besonders gefährdete Einrichtungen, insbesondere jüdische Einrichtungen, fortzuschreiben mit:

- klar definierten lageabhängigen Mindestabständen,
- abgestuften Schutz- und Präsenzmaßnahmen,
- transparenten Kommunikationsstandards gegenüber betroffenen Einrichtungen.

4. Innenstadt-Resilienz und Sicherheitskommunikation

ein Konzept zu entwickeln zur:

- transparenten Information der Bevölkerung über Sicherheitsmaßnahmen an Demonstrationstagen
- frühzeitigen Abstimmung mit Innenstadtakteuren
- Bewertung der Auswirkungen wiederkehrender Großdemonstrationen auf das Sicherheitsempfinden, zum Beispiel durch Aufnahme von Fragen in die regelmäßige stattfindende Sicherheitsbefragung
- Bewertung der Auswirkungen wiederkehrender Großdemonstrationen auf die Innenstadtwirtschaft, vor allem den lokalen Einzelhandel. Dabei ist klarzustellen, dass wirtschaftliche Erwägungen keine eigenständige Einschränkunggrundlage der Versammlungsfreiheit darstellen, jedoch im Rahmen von Sicherheits- und Kommunikationsmaßnahmen berücksichtigt werden können.

5. Austausch auf Landesebene

darzustellen, inwieweit auf Ebene des Landes Baden-Württemberg landesweite Leitlinien zu Einsatzkonzepten der Polizei, zur Dokumentation, Identitätsfeststellung und Prognosepraxis bei wiederkehrenden Versammlungslagen bestehen und ob Anpassungsbedarf gesehen wird.

Begründung:

Seit Oktober 2023 ist die Anzahl der Großdemonstrationen in der Mannheimer Innenstadt stark gestiegen, teils verbunden mit verbaler und tätlicher Bedrohung vor allem gegen jüdische Mitbürger. Die Versammlungsfreiheit nach Art. 8 GG ist ein hohes Gut und elementarer Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung.

Gerade deshalb darf sie nicht durch wiederholte Straftaten, antisemitische Parolen oder Bedrohungen beschädigt werden. Wo Rechtsverstöße folgenlos bleiben, leidet nicht nur das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger – es leidet die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats.

Die wiederkehrende Zahl vergleichbarer Demonstrationen, dokumentierte Verstöße und konkrete Bedrohungslagen machen eine transparente Bewertung der bisherigen Durchsetzungspraxis erforderlich.

Dieser Antrag fordert keine neuen Verbote. Er fordert die konsequente Anwendung bestehenden Rechts.

Freiheit ohne Durchsetzung verliert ihre Schutzfunktion. Rechtsstaatlichkeit ohne Transparenz verliert Vertrauen.

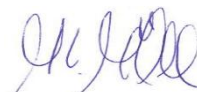
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Birgit Reinemund
Stadträtin, FDP



Volker Beisel
Stadtrat, FDP



Prof. Kathrin Kölbl
Stadträtin, FDP



Wolfgang Taubert
Stadtrat, MfM